

Konzerninitiative

Die Nervosität steigt

Die Konzernverantwortungsinitiative könnte Schweizer Unternehmen in grosse Nöte bringen. In der Wirtschaft wird deshalb nach einem Ausweg gesucht.

Christoph Lenz und Michael Soukup
Bern

Besorgt war die Wirtschaft schon länger. Seit dieser Woche und den Enthüllungen der Paradise Papers greift auf den Teppichetagen der Schweizer Unternehmen aber die Angst um sich - die Angst vor der Konzernverantwortungsinitiative. Das 2015 von NGOs und Gewerkschaften lancierte Volksbegehren will Schweizer Firmen verpflichten, die Menschenrechte und den Umweltschutz über die ganze Wertschöpfungskette im In- und Ausland einzuhalten. Strengen sich die Unternehmen nicht genügend an, drohen Klagen und harte Strafen.

Vor dem Hintergrund der Paradise Papers und den Resultaten einer aktuellen Meinungsumfrage ist offensichtlich, dass der Wirtschaft ein delikater Abstimmungskampf bevorsteht. Die Initiative könnte zum Plebiszit über Glencore und Co. werden. Sprich, zum Volksentscheid über einige Rohstoffmultis, die in Entwicklungsländern in problematische Geschäfte verstrickt sind und ihre Verantwortung gegenüber Menschen und Umwelt nicht genügend wahrnehmen. Betroffen von einem Ja wäre aber die gesamte Wirtschaft.

Martullo-Verband macht Druck

Mit der Nervosität steigt auch der Druck auf die Politik, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Economie-suisse spricht sich zwar dagegen aus. Man lehne eine weitere Verrechtlichung ab, weil juristische Auseinandersetzungen der falsche Weg seien, um nachhaltige Fortschritte im Schutz von Mensch und Umwelt zu erreichen, heisst es beim Wirtschaftsdachverband. Doch die Wirtschaft ist gespalten. Erst letzte Woche empfahl der Chemie- und Pharmaverband Scienceindustries, dem unter anderem Nestlé, Novartis und die Ems-Gruppe von SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher angehören, dass sich «die Politik einen Gegenvorschlag überlegen soll». Dieser müsse weniger technisch sein. Zudem gelte es, Klagemöglichkeiten für Geschädigte in der Schweiz zu vermeiden.

Just in diese Richtung geht ein Entwurf, der in Bern kursiert und der dem TA vorliegt. Er will die Wirtschaft stärker in die Pflicht nehmen, Sorgfaltsprü-



Arbeiter einer Kupfermine von Glencore in Sambia vor dem Beginn ihrer Schicht. Foto: Per-Anders Pettersson (Getty Images)

fungen für die gesamte Wertschöpfungskette durchzuführen und darüber Bericht zu erstatten. Der indirekte Gegenvorschlag kommt der Wirtschaft aber in drei wichtigen Punkten entgegen:

- Erstens sollen kleinere KMU und Firmen ohne Ausländertätigkeit von der Sorgfaltsprüfungspflicht befreit werden. Darüber hinaus könnte der Bundesrat sogenannte Risikobranchen (zum Beispiel den Rohstoffhandel) definieren, in welchen die Pflicht auch unabhängig von der Grösse des Unternehmens gilt.
- Zweitens soll die Offenlegungspflicht der Unternehmen eingeschränkt werden. Damit greift der Gegenvorschlag die in der Wirtschaft verbreitete Befürchtung auf, dass sie künftig genötigt wären, Unternehmensgeheimnisse der Öffentlichkeit preiszugeben. Gemäss dem skizzierten Gegenvorschlag soll nur

der unbedenkliche Teil des Sorgfaltspflicht-Reportings öffentlich zugänglich gemacht werden. Weitergehende Informationen könnten einem neuen bundesnahen Gremium vorgelegt werden, welches prüft, ob die Firmen sich ausreichend für den Schutz von Mensch und Umwelt engagieren.

- Drittens schlägt der Entwurf vor, fehlbare Unternehmen weniger hart zu



S. Müller-Altarmatt
CVP-Nationalrat



D. Biedermann
Ethos-Präsident

bestrafen. Firmen, die ihrer Sorgfaltsprüfungspflicht trotz Ermahnung nicht nachkommen, sollen öffentlich genannt werden. Auch die Haftung bei Schäden soll gegenüber der Initiative gelockert werden. Unternehmen sollen etwa nicht für Schäden büssen müssen, die durch Zulieferer verursacht wurden.

Wie die Wirtschaft diesen Gegenvorschlag beurteilt, ist schwer zu ermitteln.

Viele Firmen halten sich vorerst noch bedeckt. Coop etwa will «den Entscheid über die Initiative den Stimmbürgern überlassen». Offensiver ist die Migros. Die Initiative lehne man zwar ab. Aber: «Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass die Politik einen Gegenvorschlag erarbeitet», sagt Martin Schläpfer, Leiter Wirtschaftspolitik der Migros. Gespräche mit Politikern, Unternehmern und Verbänden seien im Gang. Vor zusätzlicher Bürokratie fürchtet man sich bei der Migros nicht. «Kommt ein intelligenter Gegenvorschlag zustande, so sollte sich der Mehraufwand zumindest für grössere Unternehmen in engen Grenzen halten», so Schläpfer.

Aktivitäten hinter den Kulissen

Auch Politiker befassen sich schon intensiv mit der Frage eines Gegenvorschlags. Besonders wichtig dürfte dabei die CVP sein. «Hinter den Kulissen laufen momentan sehr viele Aktivitäten, so viele wie kaum einmal in dieser frühen Phase», sagt CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altarmatt. Er führte diverse Gespräche, innerhalb des christlich-sozialen Parteiflügels, aber auch mit Experten und nahestehenden Organisationen. «Bei den Diskussionen kam man schnell zum Schluss, dass ein Gegenvorschlag wohl klug wäre», so Müller-Altarmatt. Denn für ihn sei klar, dass etwas gegen das Reputationsrisiko von Schweizer Unternehmen gemacht werden müsse. «Dies hat angesichts der Paradise Papers an weiterer Dringlichkeit gewonnen.» Dieser Meinung ist auch die jurassische CVP-Ständerätin Anne Seydoux-Christe.

Ob die Initianten ihr Volksbegehren im Falle eines Gegenvorschlags zurückziehen würden, ist jedoch fraglich. Alt-FDP-Ständerat Dick Marty signalisiert Gesprächsbereitschaft: Man begrüsse Bestrebungen, verbindliche Regeln für Unternehmen auf einem schnellen Weg umzusetzen. «Für uns steht eine gute Lösung im Zentrum, ob mit oder ohne Abstimmungskampagne.»

Zurückhaltender äussert sich Dominique Biedermann, Präsident der Stiftung Ethos. Man schätze die Erfolgchancen der Initiative optimistisch ein. Falls die Politik aber einen seriösen Gegenvorschlag präsentiere, so werde man diesen selbstverständlich mit grosser Aufmerksamkeit analysieren.

Der Rückhalt in der Bevölkerung ist gross

Laut einer repräsentativen Umfrage will eine deutliche Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer die Initiative annehmen.

Michael Soukup

Eingereicht wurde sie bereits vor einem Jahr, doch in diesen Tagen hat die Volksinitiative «für verantwortungsvolle Unternehmen» nochmals an Aktualität gewonnen. Die Paradise-Papers-Enthüllungen sind seit Anfang dieser Woche weltweit in den Schlagzeilen. Die Initianten sprechen von einem «sehr starken Rückenwind». Es hätten sich viele Leute gemeldet, die sich engagieren wollten, sagte gestern Rahel Ruch, die Koordinatorin des Initiativkomitees.

Doch wie gross ist die Unterstützung für die Konzerninitiative in der Schweizer Bevölkerung wirklich? Das Forschungsinstitut GFS Zürich führte im Auftrag des Initiativkomitees zwischen dem 9. und dem 28. Oktober eine repräsentative Umfrage in der Deutsch- und der Westschweiz durch - und damit noch vor der Veröffentlichung der Paradise Papers. Befragt wurden 1004 Perso-

nen ab 18 Jahren, die zufällig aus dem Telefonbuch ausgewählt worden waren. Somit erfolgte ihre Auswahl aber auch unabhängig davon, ob sie in der Schweiz stimmrechtlich sind oder nicht.

Auf die Frage, ob sie bestimmt dagegen, eher dagegen, eher dafür oder bestimmt dafür seien, wenn schon morgen über die Konzernverantwortungsinitiative abgestimmt würde, sprach sich schweizweit eine grosse Mehrheit von

77 Prozent für das Volksbegehren aus: 38 Prozent der Befragten waren bestimmt respektive 39 Prozent eher dafür. Auf der anderen Seite sprachen sich 6 Prozent entschieden und 14 Prozent eher dagegen aus. Unentschieden waren bloss 3 Prozent. Noch höher war die Zustimmung in der Westschweiz mit insgesamt 91 Prozent (davon 39 bestimmt dafür). Zum Vergleich die Deutschschweiz: 72 Prozent Ja-Anteil (38 bestimmt dafür).

Die Resultate der Umfrage

Stimmabsicht der 1004 Teilnehmenden, in %

■ ja/eher dafür ■ weiss nicht/keine Antwort ■ nein/eher dagegen

nach Sprachregion

Deutsche Schweiz 72 4 24

Welsche Schweiz 91 1 8

nach Alter

18-39 Jahre 69 5 26

40-64 Jahre 82 2 16

über 65 Jahre 79 3 18

Total

77 3 20

TA-Grafik mt./Quelle: GFS Zürich

Ruth Metzler tritt bei Quantum Global ab

Alt-Bundesrätin Ruth Metzler zieht die Konsequenzen aus den Paradise-Papers-Enthüllungen und tritt per sofort aus dem Beirat der Quantum-Global-Gruppe in Zug zurück. Als Grund nennt sie die schwerwiegenden Vorwürfe zu «angeblichen Geschäftspraktiken in Angola», die ihr als Mitglied des Advisory Board (Beirat) nicht bekannt waren und im Rahmen ihrer Tätigkeit auch nicht bekannt sein konnten, wie sie in einer Mitteilung an die Nachrichtenagentur SDA schreibt. Unabhängig davon, ob diese Vorwürfe zuträfen und wie sie rechtlich zu beurteilen seien, sei das für sie «erst jetzt abschätzbare Geschäftsumfeld» nicht länger vereinbar mit ihren Kriterien für Mandate.

Die Quantum-Global-Gruppe des schweizerisch-angolanischen Geschäftsmanns Jean-Claude Bastos ist mit der Verwaltung von Angolas Staatsfonds betraut. Dabei profitiert Bastos gleich mehrfach. Einerseits erhält er sehr hohe Management-Gebühren, die es ihm erlauben, sich jährliche Dividenden in zweistelliger Millionenhöhe auszuzahlen. Andererseits lässt er den Staatsfonds in seine eigenen Projekte investieren. Bastos und Quantum Global bestreiten jegliches Fehlverhalten. (SDA/bro)

Die Zustimmung ist bei den älteren Befragten deutlich höher als bei den jüngeren: Auf den grössten Zuspruch stösst die Initiative bei den 40- bis 64-Jährigen mit 82 Prozent. Bei den über 69-Jährigen befürworten 79 Prozent das Anliegen, während es bei den 18- bis 39-Jährigen «nur» 69 Prozent waren.

Eher überraschend ist auch, dass die Akzeptanz der Konzernverantwortungsinitiative mit der Höhe des Einkommens zunimmt. Bei einem Haushaltseinkommen von weniger als 4000 Franken pro Monat waren 69 Prozent der Befragten dafür. Ab 9000 Franken waren es 83 Prozent der Befragten.

Ebenfalls hoch war mit 82 Prozent der Zuspruch für die Forderung der Initiative, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz neu für Menschenrechtsverletzungen, die sie oder ihre Tochterfirmen im Ausland anrichten, haften sollen.

Ein Befragungsergebnis im Frühstadium einer Initiative ist allerdings erfahrungsgemäss mit Vorsicht zu geniessen. Bis zu einer allfälligen Abstimmung dauert es noch lange, und ein Abstimmungstermin ist noch gar nicht festgelegt. In der Regel ist die Zustimmung zu einer Initiative zu Beginn viel höher, mit dem Einsetzen des Abstimmungskampfs nimmt sie oft wieder ab.